

ORGAN: Sicherheitsrat

THEMA: DIE ZUKUNFT AFGHANISTANS

DER SICHERHEITSRAT,

*geleitet* von Artikel 1 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen, der die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit als Ziel der Vereinten Nationen definiert,

*hinweisend* auf seine früheren Resolutionen zum Thema Afghanistan, besonders seine Resolutionen 1386 (2001), 1510 (2003), 1943 (2010) und 1974 (2011),

*unter Hinweis* auf Artikel 1 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen, der die Selbstbestimmung der Völker betont und dementsprechend unter Kenntnisnahme des Wunsches der Afghanischen Regierung nach einem schnelleren Abzug der ISAF Schutztruppen,

*unter Hinweis auf* den UNAMA-Halbjahresbericht aus dem ersten Halbjahr 2010, der feststellt, dass extremistische Gruppen für etwa 76 Prozent aller Toten und Verletzten verantwortlich sind,

*alarmiert* von den aktuellen Geschehnissen in Afghanistan,

*weiterhin hinweisend* auf die von dem Hohen Friedensrat geleistete Arbeit, die zum nachhaltigen Frieden in Afghanistan führt, und unter Verurteilung der Angriffsversuche auf Mitglieder des Hohen Friedensrates, die den Friedensbemühungen entgegenwirken,

*in Bekräftigung* seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialer Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

*unter Begrüßung* der internationalen Bemühungen zur Ausrottung des Terrorismus im Einklang mit der UN-Charta,

*in Anerkennung* der Arbeit der International Security Assistance Force (ISAF), jedoch *feststellend*, dass es trotz der Bemühungen der ISAF immer noch zu wiederholten Terroranschlägen in Afghanistan kommt,

*weiter feststellend*, dass der Terrorismus die größte Bedrohung für den Frieden Afghanistans und der Welt darstellt und weitere Maßnahmen zum Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung vor terroristischen Anschlägen von Nöten sind,

mit dem Ausdruck des Bedauerns *zur Kenntnis nehmend*, dass die Unterstützung für die ISAF-Schutztruppen seitens der afghanischen Bevölkerung in 2010 zurückgegangen ist,

*betonend*, dass die Sicherheit und die Stabilität Afghanistans nicht nur durch ein rein militärisches Engagement wiederhergestellt werden können,

*weiterhin betonend*, dass es erst dann zu einem endgültigen Frieden kommen wird, wenn eine Einigung mit allen Parteien in der Islamischen Republik Afghanistan besteht,

*unter Hervorhebung* der Bedeutung der Erklärung der Staaten der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) und der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan zur dauerhaften Partnerschaft und dem

aktiven Engagement der Europäischen Union (EU), der Russischen Föderation, benachbarten Staaten sowie regionalen Partnern,

*mit dem Ausdruck des Dankes* für die bis jetzt von den Vereinten Nationen geleistete Arbeit beim Wiederaufbau Afghanistans,

*entschlossen*, Afghanistan, unter Achtung seiner Souveränität, bei seinem Weg zu einer stabilen und demokratischen Nation zu unterstützen;

1. *ermutigt* die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, Afghanistan durch finanzielle Aufwendungen, Unterstützung der UNAMA sowie der Ausbildung des Militärs und der Polizeikräfte bei seiner politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung zu unterstützen;
2. *bekundet* die Notwendigkeit einer Kooperation mit Pakistan zur Schaffung dauerhaften Friedens in der Region;
3. *begrüßt* die Anstrengungen des Staates Katar, den Frieden in der Islamischen Republik Afghanistan zu fördern, insbesondere ein Verbindungsbüro einzurichten, durch welches sowohl die afghanische Regierung als auch die Vereinten Nationen mit den noch gewaltbereiten Parteien Afghanistans kommunizieren und verhandeln können;
4. *nimmt hochofreut zur Kenntnis*, dass es dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai erneut gelungen ist, Gespräche mit Vertretern gewaltbereiter Gruppen zu beginnen;
5. *betont* die Notwendigkeit, dass Gespräche zwischen gewaltbereiten Gruppen und afghanischer Regierung zu einem positiven Ergebnis kommen;
6. *verurteilt* jegliche auf Zivilpersonen, afghanische und internationale Truppen sowie Mitarbeiter von internationalen Hilfsprogrammen verübten Angriffe;
7. *legt* allen Parteien in der Islamischen Republik Afghanistan *dringend nahe*, sich von jeglicher Art des Terrorismus und der Gewaltanwendung an Zivilisten und internationalem Personal loszusagen sowie die afghanische Verfassung in allen Punkten zu achten;
8. *beschließt*, den Getreideanbau zur Nahrungsmittelproduktion attraktiver zu gestalten und den Prozess des Umstiegs von Opiumanbau auf Getreideproduktion verstärkt zu unterstützen sowie den Schutz der betreffenden Bauern durch die ISAF-Mission zu gewährleisten;
9. *fordert* die Islamische Republik Afghanistan *auf*, die Erklärung von Bonn 2011 in allen Punkten umzusetzen und so den Weg zu einem endgültigen Frieden zu ebnen, und verlangt besonders die Punkte Bekämpfung des Terrorismus als wichtigstes Ziel, Eindämmung der Korruption zur Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Staates, Durchsetzung der Menschenrechte, Stärkung der Frauenrechte sowie Verbesserung der Kontrollmechanismen für Wahlen durchzusetzen;
10. *empfiehlt* der Islamischen Republik Afghanistan die vorläufige Stationierung neutraler Beobachter und Mitglieder nichtstaatlicher Organisationen, damit Menschenrechtsverletzungen ermittelt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können;
11. *beschließt*, mit dem Thema aktiv befasst zu bleiben.